

**BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

S91150/01-PMVD/2018

**„Erhalt des Militärrealgymnasiums und
Ausbildungskooperation mit Polizei.“**

zur Veröffentlichung bestimmt

V O R T R A G A N D E N M I N I S T E R R A T

2/12

Das Regierungsprogramm 2017 bis 2022 sieht unter anderem den Erhalt des Militärrealgymnasiums und eine Ausbildungskooperation mit der Polizei vor.

Dies erfordert zunächst die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen, um den Erhalt des Schulbetriebs sicherzustellen, welcher sonst mit Ende des Schuljahres 2017/18 einzustellen ist. Der Schulbetrieb soll ab dem Schuljahr 2018/19 zumindest mit einer Klasse als Sofortmaßnahme nach Erneuerung des Ressortübereinkommens mit dem BMBWF sichergestellt werden.

Ein Weiterbetrieb in der derzeitigen Infrastruktur (BMLV) ist auf Grund Nachnutzung durch die Militärakademie nicht möglich. Deshalb wären ein neuer Standort festzulegen und sind Vorkehrungen für die personellen und materiellen Ressourcen des Betriebs einschließlich des Internats zu treffen.

Darüber hinaus sind die Kooperationsmöglichkeiten für einen nachhaltigen Betrieb im Bereich der Ausbildung mit dem BMI zu konkretisieren. Die Zielsetzung liegt in der Schaffung fundierter Ausbildungszweige für den Sicherheitssektor. Die Schaffung eines neuen Berufszweiges für Sicherheitsdienstleister ist anzustreben. Damit soll eine weitere Professionalisierung dieses Berufszweiges erreicht werden und der Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung dienen.

Die Umsetzung dieser Regierungsabsichten erfordert die Erneuerung des Ressortübereinkommens zwischen dem Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) und dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF).

Ich stelle daher den

A n t r a g,

die Bundesregierung wolle den gegenständlichen Bericht zur Kenntnis nehmen.

5. Jänner 2018

Mario Kunasek